

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die eins. Zeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldtbl., Nebel. Zeile 80 Goldtbl., m. Anf.-Strich, Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuzug. Offerte und Ankaufserstellung 20 Goldtbl. Bei größeren Aufträgen Rabat, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Preisbestimmungen außer Kraft. Preisprophet Nr. 4. Die technische Ausführung wird beiderseitig überlassen.

Bezugspreis:

Halbjährlich in Neuenbürg 25 Goldtbl., durch die Post in Ost- u. Westpreußen, sowie im Ausland, in der Höhe von 30 Goldtbl. m. Postgebühren. Preise für den Einzelverkauf sind in jeder Nummer 10 Goldtbl.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Auslieferungsmänner jederzeit entgegen.

Preis-Nr. 21
C. S. Mehl'sche Buchdruckerei

Nr. 66.

Samstag, den 20. März 1926.

84. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der württembergische Landtag wird in der nächsten Woche die wichtigsten Beschlüsse zusammenfassen und wird nach der Übertragung der Verhandlungen fertigtgestellten Etat für 1926 und 1927 in erster Lesung zu Ende bringen. Im Zusammenhang mit der Etatsberatung werden auch die zurückgestellten Spezialuntersuchungsberichte zur Behandlung kommen, da Staatspräsident Besäule, der diese Berichte als verantwortlicher leitender Minister vor dem Landtag zu verteidigen hat, von seinem Krankheitsurlaub, den er auf der Insel Korfu zu gesundheitlicher Kur genossen hat, in diesen Tagen seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen wird. Der vorgelegte Etat weist diesmal infolgedessen eine Besonderheit auf, als er für 2 Jahre, für 1926 und 1927, aufgestellt worden ist. Die Verfassung sieht diese Möglichkeit aber nur als Ausnahme selbst vor. Der Grund für die Aufstellung eines zweijährigen Etats, der aber natürlich für jedes Jahr besonders festgesetzt wird, ist der, die Ausgabenwirtschaft des Staates aufs äußerste einzusparen. Es bedeutet für den Staat wirklich eine große Ersparnis, wenn statt zweier lange dauernden Etatsberatungen des Landtags und seiner Ausschüsse nur eine einzige stattfindet. Der Landtag wird also künftig noch weniger zusammenzutreten, als es bisher schon der Fall war. Der Staatspräsident weist für 1926 einen ungedeckten Abmangel von 2.087.000 Mark und für 1927 einen ungedeckten Abmangel von 724.000 Mark auf. Ueber die Art der Deckung dieses Defizits wird dann der Finanzminister in seiner großen Rede ausführlich sprechen. Die erste Beratung des Etats befaßt sich aber noch keineswegs mit diesen Einzelheiten, sondern erschöpft sich vornehmlich in einer allgemeinen politischen Ansprache. Inwieweit man heute schon voraussagen kann, daß die Aussprache sich wiederum nicht auf die württembergischen Dinge beschränken, sondern auch auf die Reichs-, ja auf die Weltpolitik übergehen wird, die uns in keinem Landtag (kein in Preußen, nicht in Bayern) eigentlich von Staat und Staat nichts angeht. Aber der Landtagspräsident ist in so gehobener und laßt die Redner eben schwärmen, bis sie ihre wohlverordneten Sprüche heruntergelassen haben. Die Kommunisten werden also nicht nur auf Justiz und Polizei ihre jährliche mehrmals stündige Rede reiten können, sondern auch wieder den Reichstag in den höchsten Redebühnen ansprechen und die Württemberger werden wieder über Vorrede, dem Völkerverbund verbreiten und alles in Licht und Taus tun. Zur Rede, die zum württembergischen Finanzetat, gehört dies alles ja nicht, aber die Stelle der Volksreden ist wenigstens beibehalten. Man muß es verstanden haben, mit welcher inneren Befriedigung sie nach solchen hochpolitischen Exzessen sich auf die gewöhnlichen Plätze zurückziehen, nicht ohne zuvor mit dem einen oder dem anderen Reichstagsmitglied und mit dem anderen zur Presse je eine Frage über geschickt zu haben. Die Landtagsprotokolle werden aber immer mehrere Bände.

Ein tägliches Plaisir hat die diesmalige Völkerverbundtagung in Genf erlitten. Die einzelnen Reden und Gesänge dieses widerlichen Schauspiels, wie man es täglich in den Zeitungen nachlesen konnte, noch einmal zu schäffern, wäre zu schade der Zeit. Den eigentlichen Zweck der diesmaligen Tagung, nämlich die Aufnahme Deutschlands in Völkerverbund und das, was man sich selber versagen zu haben, denn man ließ Deutschland einfach vor der Tür warten und beschloß sich im Gegensatz mit der Frage der gleichzeitigen Aufnahme anderer Staaten in den Völkerverbund. Ob die Völkerverbundtagung überhaupt um von Polen, von Brasilien, von Spanien oder Rumänien ausgingen, erschien überall im Hintergrund die Weltökonomie Frankreichs als die treibende Kraft. Die Hauptrolle am Scheitern der Verhandlungen trägt ohne Zweifel Frankreich, das bei seinem Vortritt gegenüber Deutschland blieb, falls es nicht selbst einen handigen Ratgeber erhält. Aber man darf doch fragen, ob Brasilien diese für sein Land unendlich wertvolle Stellung eingenommen hätte, wenn nicht im Hintergrund als geheime Drahtzieher Frankreich und auch Italien hätten. Es ergab sich allmählich ein solcher Anwalt Intrigen, den niemand mehr lösen konnte. Als Ausweg verfiel man auf den nun auch durchgeführten Plan, die ganze Angelegenheit bis zum September zu verschieben. Deutschland war also umsonst nach Genf gefahren. Ob das nächste Mal die Regie wohl besser sein wird? Um den Eindruck des Scheiterns in Genf etwas zu korrigieren, beschloß die am Doormittwoch beteiligten Mächte zusammen mit Deutschland eine gemeinsame Erklärung, daß das hohe Friedenswert am Völkerverbund durch den Abbruch der Genfer Verhandlungen keineswegs berührt, vielmehr vollkommen unverändert aufrechterhalten bleiben werde. Daraufhin ist die deutsche Delegation lang und langsam wieder nach Berlin zurückgeführt. Sie kann sich nun überlegen, ob die Vorläufigkeit in der Völkerverbundtagung wirklich nur unermessbare Entwicklungschancen sind, wie Briand, der um Erklärungen nie verlegen ist, sich ausdrückt, oder ob es sich um wirkliche Systemfehler handelt.

Deutschland.

Stuttgart, 19. März. Finanzminister und Landtagsabgeordneter Heine-Lübigen hat folgende kleine Anfrage erbracht: Bei den von den Reichsbahnbehörden (Post- und Fernverkehrsverwaltung) in letzter Zeit zur Vergebung von Eisenbahnanlagen sind in den Angebotsunterlagen Bedingungen enthalten, die teilweise aus dem Gesichtswinkel der angestrebten Förderung des Verkehrs zu entnehmen sind. Obwohl dieser Gesichtswinkel als ein Annahmefaktor gegen das Postrecht betrachtet und von der Reichsregierung den betreffenden Behörden noch nicht vorgelegt wurde, werden die Reichsbahnverwaltungen dazu über, einzelne Bestimmungen bei Vergebung von Bauarbeiten zur Anwendung zu bringen. Ist die württ. Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß bis auf weiteres diese Bedingungen, die mit dem bisherigen Vergabeverfahren nicht in Einklang gebracht werden können, befristet werden und bei der Reichsregierung weiterhin dafür eintritt, daß die Reichsbahnbehörden bei Vergabungen zur Anwendung bringen?

Berlin, 19. März. Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Jwan Kap behauptet, daß durch die Presse gegangene Nachricht, daß er sich um eine Anstellung beim Magistrat in Hannover beworben und die Niederlegung seines Mandats in Aussicht gestellt habe, sei falsch. Wie dem "Vorwärts" dazu aus Hannover mitgeteilt wird, hat der Oberbürgermeister der Stadt in der letzten Magistratsitzung einen Brief von Kap vorgelesen, worin sich dieser bereit erklärt, im Falle seiner Einstellung sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Aus subjektiven Gründen fertigergeben.

Die kommunistische "Arbeiterzeitung" hatte am 7. Dezember v. J. einen Artikel eines "Arbeiterkorrespondenten" veröffentlicht, der unter der Überschrift "Der Gerichtsbescheid als Christentum" zu einer angeblich in Aussicht stehenden Verbindung von Kirchensteuer Stellung nahm. In diesem Zusammenhang wurden die Landeskirchen angegriffen. Der Artikel schloß mit der Feststellung, daß die Kirche "eines der besten Mittel zur Verbildung der Arbeiterklasse" sei. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erließ darin ein Vergehen gegen § 196 St.G.B. Der verantwortliche Redakteur, der 27-jährige Redakteur Fritz Kaut von Böttingen, hatte sich deswegen vor dem Schwurgericht zu verantworten. Staatsanwalt Kaut erließ die Todesstrafe im Sinne der Auflage voll erwiesen und beantragte dementsprechend die Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 30 Tagen, die in eine Geldstrafe von 300 Mark umzuwandeln seien. Der Verteidiger beantragte aus rechtlichen und subjektiven Gründen die Freisprechung seines Mandanten. Das Gericht sprach nach längerer Beratung den Angeklagten unter Nebenerhebung der entstandenen Kosten auf die Staatskasse frei. Die Urteilsbegründung stellt in objektiver Hinsicht eine Verurteilung fest, geht aber davon aus, daß der Angeklagte sowohl auf Grund seiner Vorbildung, wie auch entsprechend der sonst üblichen Toleranz der kommunistischen "Arbeiterzeitung", nicht das Verurteilte gebührt habe, daß mit dem gewöhnlichen "Ausdruck einer Verurteilung der Kirche erfolgen könne. Deshalb sei er aus subjektiven Gründen von der gegen ihn erhobenen Anklage freizusprechen gewesen.

Die Aufgaben der Reichsbahn.

Berlin, 19. März. Gestern Abend fand bei dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Defer, ein parlamentarischer Abend statt, bei dem der Generaldirektor etwa folgendes ausführte: Die Deutsche Reichsbahngesellschaft als Trägerin von 40 Prozent der Reparationskosten muß ihre Erwerbsaufgaben in Einklang bringen mit den volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Letztlich sind im Zusammenhang mit dem Dawesplan die deutschen Unterländer in London als "Sachwalter fremder Nationen" gebunden worden. Man muß sich aber klar machen, was Deutschland damals drohte. Aus der Reichsbahn sollte eine Privatgesellschaft mit internationalem Kapital gemacht werden. Statt dessen haben die Unterländer erreicht, daß die Eisenbahnen im Eigentum des Reiches geblieben sind. Die Angriffe gegen die Reichsbahn wegen übertriebenen Aufwands und Verschwendung haben sich der näheren Nachforschung stets als haltlos erwiesen. Der Reichsbahn wird vorgeworfen, sie verweigere eine Bilanzprüfung. Zum Zwecke der Selbstkontrolle hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft Prüfungsämter geschaffen, welche die Wirtschaftsprüfung durchführen. Die Reichsbahn hat sich finanziell auf eigener Kraft saniert, Betrieb und Verkehr neu aufgerichtet und verbessert und vor allem nach den Vorschriften des Gesetzes die Reparationszahlungen pünktlich erfüllt. Aus einem Defizitbetrieb wurde in kurzer Zeit ein Ueberschussbetrieb. Wie soll es nun finanziell weitergehen? Anleihen müssen aufgenommen werden. Schwermiegend ist die Aufgabe des künftigen Reichsanwaltes der Eisenbahnen. Durch politische Kräfte ist eine weitere unendliche Belastung entstanden, die aus der Demobilisationsbestimmung herrührt. Sie legen noch jährlich 20 Millionen Mark Reparationsausgaben auf die Reichsbahn. So kann es nicht weitergehen. Man muß sich klar machen, wie sich die Reichsbahn finanziell bei der Reichsbahn auswirkt. Die in der Reichstagsdebatte gehaltenen Äußerungen würden bei ihrer Verwirklichung eine neue jährliche Belastung von 140 Millionen bedeuten. Besondere Neuerungen sind im Verkehr und Betriebsdienst vorgenommen worden. Eine besondere Berücksichtigung erfordert die Verkehrsfähigkeit mit dem Ziel, möglichst viel Verkehr über deutsche Bahnen zu lenken. Diesen Bestrebungen ist der Erfolg nicht verweigert worden. Der Durchfahrtsverkehr hat sich im letzten Jahr bereits verdoppelt. Die Vorkriegszeit der Vorkriegszeit konnten wieder eingegriffen werden und die Güterzüge haben teilweise mit Personenzuggeschwindigkeit. Die erzielten Verbesserungen sind bekannt. Wesentliche soziale Einrichtungen schaffen die billigen Verwaltungsleistungen. Das sind die Ferien, Sport- und Sonntagzüge. Im internationalen Verkehr wirken die bestehenden Währungs der Nachbarländer hemmend. Bei allen Fragen des Tarifwesens muß beachtet werden, daß jeder Vertreter und jeder Reisende für den Transport auf der Reichsbahn einen Teilbetrag für die Reparationszahlungen leistet. Aber auch hier sind bereits große Verbesserungen eingeführt worden. Der Korridor wird einer Durchfahrt unterzogen. Dabei werden die Wirtschaft-

freie weitgehend gebürt werden. Die Umstellung der Reichsbahn auf eine kaufmännische Geschäftsführung tritt auch besonders in der Einzelrechnung der Reichsbahnbezirke in Erscheinung. Jeder Bezirk soll zukünftig seine Gewinn- und Verlustrechnung und seine Bilanz aufstellen.

Konferenz in Berlin als Genugtuung.

Berlin, 19. März. Der Völkerverbundtag soll sich in vertraulicher Besprechung genügt haben. Deutschland für die Ereignisse der letzten Woche eine "moralische Genugtuung" zu geben: Nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund im September soll eine der folgenden Konferenzen, wahrscheinlich bereits die Wintertagung, in Berlin abgehalten werden. Die Bestimmung in weiten Kreisen der Völkerverbundtagung über das Verfahren in der vergangenen Woche soll noch weitere Folgen haben. Unter den Neutralen ist beabsichtigt, eine Denkschrift an den Rat zu richten, in der zu dem Problem der Ratserweiterung und zu den Vorgehens während der letzten Völkerverbundtagung Stellung genommen wird.

WASINGTON

Washington, 19. März. In Washingtoner offiziellen Kreisen folgert man aus dem Abbruch der Genfer Völkerverbundtagung, daß die europäischen Mächte nicht abzurufen beabsichtigen, sondern eine imperialistische Politik weiter betreiben wollen. Im amerikanischen Senat fand Donnerstag eine erregte Aussprache statt, als Senator Reed die Einladung des Völkerverbundes zur Teilnahme Amerikas am Daager Schiedsgericht verurteilte. Reed forderte die Anhänger des Schiedsgerichtes auf, eine Entschließung einzubringen, damit das amerikanische Volk die Größe erkennen könne, die in einem Eintritt Amerikas in das Schiedsgericht liegt. Das Schiedsgericht sei nicht weiter als ein Teil des Völkerverbundes.

Der Kampf um Oesterreich.

London, 19. März. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" meldet, daß als Folge der Unterhaltungen in Rom, Paris und Genf zwischen der italienischen, französischen und tschechischen Regierung noch in diesem Jahre eine Konferenz dieser Mächte zusammenberufen werden würde, an der auch die Tschechoslowakei, Rumänien und Oesterreich teilnehmen würde. Der Zweck der Konferenz würde sein, ein zentral-europäisches Locarno zu schaffen, das nicht zu tun haben würde mit dem oft genannten Balkan-Locarno, zu dem Serbien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und möglicherweise auch die Türkei und Albanien gehören sollten. Diese Konferenz wird in den genannten Ländern für unbedingt notwendig gehalten, da Frankreich und Italien gleichmäßig gegen jede deutsch-österreichische Vereinigung eingestellt seien, jedoch verschiedener Ansicht seien über die Methoden, durch die dies verhindert werden sollte. Frankreich würde unter allen Umständen Oesterreich als politische Einheit aufrecht zu erhalten. Diese Ansicht werde von der Tschechoslowakei geteilt, die sich nicht mit vergrößerten deutschsprachigen Minderheiten belassen wolle und auch nicht wünsche, Italien und Deutschland zugleich als Rivalen zu haben. Aus diesem Grunde habe auch Dr. Benesch den Schiedsgerichtsvorschlag mit Oesterreich abgelehnt, der das österreichische Volk gegen über möglichen tschechischen Anträgen österreichischen Gebietes verteidigen soll. Es lag nahe zu vermeiden, daß das österreichische Gebiet unter Italiens Hoheit gelange, und Frankreich würde jede Erweiterung der politischen Grenzen oder des politischen Einflusses Italiens in gleicher Richtung. Italien betrachte dagegen eine Aufteilung Oesterreichs als natürliche Folge der Verleugung Oesterreichs, sich an Deutschland anzuschließen und wolle sich dabei die tschechische Mitarbeit sichern.

Der Völkerverbundtag in amerikanischem Lichte.

London, 19. März. Katastrophal ist der Eindruck des Genfer Intrigenspiels in Amerika. Wie die "Times" aus Washington meldet, wurde dort Doughtons offizieller Bericht an die United States Regierung veröffentlicht. Dieser lautet in kurzer deutscher Fassung: Der europäische Kontinent hat, soweit seine Staatmänner in Betracht kommen, nichts vom Kriege gelernt. Der Völkerverbund geht einer Erneuerung der Allianz von 1915 entgegen mit dem angeblichen Unterschied, daß er keine 40 Jahre Ruhe in Europa garantieren kann. Frankreich ist der Führer dieser Bewegung mit der Beihilfe gewisser Mächte als Satelliten und unter Mitwirkung der widerstrebenden britischen Regierung. Diese widersteht, weil die britische öffentliche Meinung sich energisch nach der entgegengekehrten Richtung wendet und daß sei es nach Chamberlains Meinung unvermeidlich, weil die englische Kooperation mit Frankreich im nahen Osten und anderwärts wünschenswert ist. Die Mächte des europäischen Kontinents wünschen nicht anständig abzurufen und wünschen keine amerikanische Teilnahme an ihren Unternehmungen. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf wird, wenn sie überhaupt stattfindet, Vorschläge beraten, über welche eine Einigung weder gewünscht noch erwartet wird und die untragbarerweise gemacht worden sind, um das Scheitern der Konferenz sicherzustellen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Lebensregeln.

Habt lieb euren Weg, auch wenn er dunkel und schwer ist, denn er ist der Weg des Lebens, und ihn führt nur, wer ihn nicht verläßt.
Herr.
Jeder Mensch, schließlich jeder, hat in der Welt seinen ihm, und nur ihm bestimmten Platz.
Sich nicht, was andere tun, der andere sind so viel, du kommst nur in ein Spiel.

das nimmermehr wird ruhn.
Geh' einloch Gottes Bad,
laß nichts sonst höher sein,
so gehst du recht und grad,
und gingst du ganz allein.

Korgerberin.

Freiwillige Armut.

Zur Konfirmation.

Die Christenheit gebietet in diesem Jahr eines ihrer Großen, der vor 700 Jahren sein einzigartiges Leben vollendet hat, des Franziskus von Assisi. Er wollte, wie alle wahrhaft Großen, kein Großer sein, sondern ein Geringer. Und er war ein Geringer in der Nachfolge seines Meisters. Wir sollten diese Jesusnachfolge, die Franz von Assisi verwirklicht hat, die unbedingte Durchführung der freiwilligen Armut, nicht nur als eine Einseitigkeit betrachten und uns damit ihrem Ernst und ihrer Größe entziehen. Wir sollten die heilige Kraft dieser „Einseitigkeit“ wahren und erkennen, daß uns aus der Lual der erzwungenen Armut, der wir entgegengehen, in der viele schon mitten drin stehen, nur irgend eine Art von freiwilliger Armut erlösen kann. Jedemfalls wäre es ein unerwünschter Gewinn, wenn unter den Konfirmandenscharen, die jetzt wieder auf die Jesusnachfolge verpflichtet werden, etliche wären, die in irgend einem Stück der Jesusnachfolge so „einseitig“ würden wie Franz in der freiwilligen Armut. Denn Einseitigkeit ist der Weg zur Ganzheit. Und freiwillige Armut ist die Einseitigkeit, die gerade jetzt ein jugendliches Gemüt mit all seiner Begabungsfähigkeit erfüllen sollte.

— Auf Grund der im Februar und März abgehaltenen Aufnahmeverhandlungen ist u. a. in das Lehrerseminar Kärntingen aufgenommen worden: Otto Weiß von Grumbach.

Neuenbürg, 20. März. (Zahl der abgegebenen Unterschriften für das Volksbegehren.) Neuenbürg 249, Arnbach 111, Weinberg 3, Bernsdorf 7, Bieleberg 138, Birkenfeld 1069, Calmbach 150, Gommeler 268, Dornbach 40, Döbel 112, Engelsbrand 162, Ennsfelder 6, Heidenbach 228, Heidenbach 200, Grumbach 214, Derrnals 150, Hohen 53, Jochloch 10, Kapfenhardt 72, Kagenbrand 58, Koffenau 87, Kuffenbach 0, Kuffen 63, Oberlingenhardt 2, Obernebelbach 68, Otterbach 204, Rutenhof 22, Salmbach 158, Schönbach 48, Schwann 124, Schwarzengrund 90, Unterlingenhardt 45, Unterebelbach 66, Waldbrenn 156, Wildbad 90, zusammen 4822.

Neuenbürg, 18. März. (Vortrag über „Unsere Wirtschaftslage und ihre Überwindung.“) Das Ausland wird von Deutschland mit Kreditfaktoren überlaufen. Das ist falsch; wohl bekommt man das Geld zu 7-8 Prozent, aber die Banken wollen auch etwas verdienen, der Kreditfaktorenbefugte bekommt das Geld vielleicht zu 8-9 Prozent und muß es zu 100 zurückbezahlen. Wir müssen darnach streben, daß wir Betriebskapital im eigenen Land bekommen, daß wir uns selbst finanzieren. Es hat auch keinen Wert, wenn neues Geld in das Unternehmen hineinkommt, und das Unternehmen kann nicht abgeben, geht der Kollaps weiter, kann der Kredit gedeckt werden. Bei der billigen Produktion ist es nicht die Steuerlast oder die Löhne, welche uns konkurrenzunfähig machen; gerade die Steuern, welche die höchsten Löhne zahlen, sind unsere schärfsten Konkurrenten. Im Februar 1925 wurden folgende Löhne ermittelt: Maurer: Deutschland 45, England 56, Amerika 22 M., Metallarbeiter: Deutschland 48, England 57, Amerika 20 M., Holzarbeiter: Deutschland 46, England 78, Amerika 22 M. Die Ursachen, daß wir nicht genügend konkurrenzfähig sind, liegen darin, daß in der Verhüllung unserer Rohstoffe eine gewisse geistige Erschlaffung sich einstellt; es ist notwendig, daß wir unser geistiges Wissen und Können in die Wirtschaft werfen, Qualitätsarbeit leisten, billig herstellen durch besondere Arbeitsmethoden und eine Ware fertigen, welche das Ausland zum Kauf reizt. Das Ausland kauft nur da, wo die Ware bei guter Qualität am billigsten ist; ohne Wettbewerbsfähigkeit ist es ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft exportfähig wird. Henry Ford, der bekannte Automobilfabrikant, hat im Jahre 1920 eine Serie durchgemacht. Da setzte er den Preis seiner Autos um 1000 Dollar herab; er wollte und mußte abgeben, selbst wenn es unter den Verhältnissen geschähe; aber er bekam Geld und konnte damit arbeiten. Dabei verlor er allerdings radikal, indem er 10 000 Arbeiter hinauswarf und von den anderen eine größere Leistung verlangte bei geringerer Bezahlung. Es wäre verkehrt, wenn man bei uns den Lohnabbau auf diese Weise durchführen wollte. Eine weitere Schwierigkeit für den Export sind die hohen Zölle, die das Ausland auf den Import legt; es gibt Industrievereinigungen, auf welche von Amerika 60-75 Prozent des Wertes geschlagen werden. Mit dieser Last sind wir uns abfinden; es bleibt nichts übrig, als durch Wettbewerbsleistungen den anderen zu imponieren. Deutschland ist heute so sehr auf den Absatz auf den Weltmärkten angewiesen, daß wir uns in politischer Hinsicht hüten müssen, den Absatz zu erschweren.

Was schlimmes Zeichen unserer Zeit ist die große Zahl der Konfusen. 1913 hatten wir monatlich 815 Konfusen und gar keine Geldstrafen, in den letzten Monaten, abgesehen von jenen, die mangels Rasse nicht zum Konfusen kamen, rund 2000, außerdem eine Menge Geldstrafen. Dazu kommt also recht trübe Erscheinung die Arbeitslosigkeit, welche heute 20 Prozent beträgt. Nicht rosig sieht es in unseren Betrieben aus, deren Rentabilität gegenüber der Vorkriegszeit um drei Viertel gesunken ist, was daraus juristisch hervorgeht, daß während der Inflationszeit kein Wert auf die technischen Verbesserungen gelegt wurde. Eine Gefahr ist aber nichts wert, wenn in ihr nicht gearbeitet werden kann. Zu denken gibt auch der niedrige Stand der Aktienpreise, der gegenüber der Vorkriegszeit einen wirklichen Tiefstand aufweist.

Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt herrscht Teuerung. In Deutschland sind die Ursachen der Teuerung in der Aufhebung des Verteilungsapparates zu suchen. Das deutsche Volk ist allmählich von einem Volk der Produzenten zu einem Volk von Händlern geworden. Die Zahl der Handelsfirmen stieg um 90 Prozent; auf dem Berliner Schlachthof gab es beispielsweise vor dem Kriege 258 Großschlächter, heute 1400, dabei ist unser Umsatz geringer als vor dem Kriege. Dieser übergroße Verteilungsapparat schraubt die Preise hoch, viele Gruppen und Konzerne wollen ihre Macht ausüben. Was nicht es den kleinen Schmeich, wenn er den Preis abbauen will und die großen Schlächter lassen sich 200 Prozent bezahlen; von oben muß der Preisabbau kommen.

Ueber Locarno und seine politischen Auswirkungen äußerte sich der Redner dahin, daß der Vertrag von Locarno das kleinere Übel für uns war. Man muß die außenpolitische Lage kennen, um zu diesem Urteil zu kommen. Nachdruck.

Gut, billig und reel kauft man seine Herrenhemden, Kragen, Krawatten, Hofenträger, Socken, Taschentücher, Unterwäsche jeder Art, im Special-Herrenmodehaus Edmund Schumacher, Pforzheim Leopoldstr. Haus Fritz Schumacher Leopoldstr.

lich waren wir die Schwächeren, wohl aber müßten wir Entgegenkommen zeigen, um überhaupt unsere Beziehungen zum Ausland zu erhalten und zu verbessern. Die Rückwirkungen selbst bedeuten in dieser Hinsicht nur eine Kleinigkeit. Warenverkehr aber wäre bei gespannten Verhältnissen nicht möglich gewesen, an neue Kredite wäre ohne Locarno nicht zu denken gewesen. Man muß eben mit den Mitteln rechnen, die man hat, und nicht mit jenen, die man einmal gehabt hat oder gerne haben wollte. Die politische Atmosphäre ist eine bessere geworden, und das war für den Augenblick die Hauptsache. Ohne politische Befriedigung Europas ist an einen Wiederantritt nicht zu denken.

Die Aussichten sind für uns nicht die besten; aber es hat seinen Sinn, daß man einfach verzweifelt, das wäre das allerletzte und bedauerlichste. Wir haben dazu keinen Grund, wenn wir uns erinnern, was wir im Kriege leisteten, andererseits dürfen wir auch keinen übertriebenen Optimismus heidigen. Anzeichen sind vorhanden, daß es ganz langsam besser geht. Das sind einmal die langsam steigenden Aktienkurse, die Umschlüsse auf der Leipziger Börse, die Anlegung des kurzfristig angelegten Geldes in langfristiges, Abbau der Steuern, denen der erwünschte Preisabbau folgen dürfte, die aktive Gehaltung unserer Handelsbilanz und der Abbau der Vermögensmittel. Einmalhalb Milliarden Mark wurden allein für Südrückkäufe ausgegeben und wanderten ins Ausland. Wie kann ein verarmtes Volk sich derartiges leisten! Nicht durch geschweherte Maßnahmen kann man dies verhindern, hier muß eine gewisse Selbstkritik in ganz Deutschland einziehen, jeder Deutsche muß sich verpflichtet fühlen, daß er nicht durch den Gehalt von Südrückkäufen, Zigaretten u. a. die deutsche Handelsbilanz belastet. In England und Frankreich würde es mit einem Winkeln von oben bedürfen, und das ganze Volk würde sich selber Pflicht bewußt sein. Damit werden aber alle die Schwierigkeiten nicht überunden, beitragen muß eine Steigerung der Arbeitsleistung, Qualitätsarbeit, Abbau und Warentenkung. Wenn wir wieder hochkommen wollen, müssen wir bei uns selbst anfangen, jeder Einzelne muß dies durch die Tat zeigen. Wir wollen die Erkenntnis mit nach Hause nehmen, daß wenn wir in diesem Sinne handeln und an unsere Zukunft glauben, dann eines Tages der Ausschlag der deutschen Wirtschaft wieder gesichert ist und das deutsche Volk wieder die Stelle einnimmt, die ihm unter den Völkern gebührt.

Nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Hauptredner sprach Stadtschreiber Knodel demselben für den faren und lehrreichen Vortrag den Dank der Versammlung aus und schloß die Versammlung mit weiteren Dankworten für das zahlreiche Erscheinen.

Neuenbürg, 20. März. Der Frühling beginnt kalendermäßig mit dem Zeitpunkt, da der Mittelpunkt der Sonnebahn auf den Äquator zu stehen kommt. Das ist am 21. März, morgens 8 Uhr, mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Widder der Fall. An diesem Tage erfolgt ihr Aufgang genau im Osten, dementsprechend liegt ihr Untergang genau im Westen. Tag- und Nachtbogen sind einander gleich. Wir haben Frühlingstag- und Nachtgleiche. Vom 21. März ab rücken bis zum 21. Juni Auf- und Untergangspunkt der Sonne immer weiter gegen Norden, der Tagbogen nimmt mit jedem Tag an Umfang zu und der lichte Tag, der am Frühlingsanfang eine Dauer von 12 Stunden 12 Minuten aufweist, wächst zu einer Länge von 16 Stunden 11 Minuten an.

(Wetterbericht.) Der nach Norden verzogene Hochdruck beeinflusst immer noch die Wetterlage in gänzlich Weise. Für Sonntag und Montag ist vielfach beiteres und frohres Wetter zu erwarten.

X Virensfeld, 19. März. Der Eng-Östing-Turngau hat am letzten Sonntag seine Mitglieder zu einem 4 1/2 km. langen Waldlauf nach Heidenbach zusammengerufen. Acht Mannschaften sind angetreten und haben gute Leistungen erzielt. Leider war das Ergebnis nicht durch Schranken gegen das Publikum abgesperrt. Darum war es dem Kampfrichter und den Sportwarten nicht möglich, als bei dem Gedränge des Publikums eine Rote Käufer gleichzeitig ans Ziel anlangte, ein einwandfreies Urteil abzugeben. Aus diesem Grunde beschloß das Kampfrichter, die Reihenfolge der Mannschaften in Wegfall kommen zu lassen und nur die drei Käufer bekannt zu geben. Mit der kürzesten Zeit von 15:20 Minuten erreichte als erster Käufer das Ziel Heinrich Nig-Wirensfeld. Ihm folgte als zweiter Emil Weidner-Niebelbach und als dritter Karl Höll-Wirensfeld. Anschließend wurde noch ein Doppelpunkt zwischen Virensfeld und Calmbach zum Austrag gebracht, welches einen schönen Verlauf nahm und 2:2 unentschieden endigte. Nach dem Spiel wurde von den anderen Sportvereinen der Wunsch geäußert, man möchte ihnen die Spielregeln zur Verfügung stellen, um bei seinen Vereinen den Doppelpunkt ebenfalls einzuführen. Diefem Wunsch wurde seitens Calmbachs und Virensfelds gerne stattgegeben. Mögen die Turner und Sportler, welche unserem Gau noch fern stehen, sich und anschließen und sie werden zu der Erkenntnis kommen, daß der Eng-Östing-Turngau, der Mitglied des Schwab, Turn- und Spielverbandes ist, der Platz ist, wo Turnen, Spiel und Sport gepflegt wird.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 19. März. (Weiterer Teilergebnisse des Volksbegehrens.) Stuttgart-Stadt 97140 Eintragungen, Crailsheim-Stadt 1841, Oberamt: Ehlingen 20729, Böhlingen 9082, Vörsberg 7294, Interelland mit einige ländliche Gemeinden: Ehlingen 15 von 490 (3 v. H.), Kienmüllingen 12 von 435 (2,7 v. H.), Wägerskingen 17 von 377 (4,5 v. H.), Holzkingen 12 von 424 (2,8 v. H.). Es ist vor Montag oder Dienstag mit einer offiziellen Mitteilung über die Ergebnisse des Volksbegehrens in Württemberg zu rechnen.

Stuttgart, 19. März. Der Staatspräsident hat, obwohl er noch nicht in vollem Umfang wieder hergestellt ist und noch in ärztlicher Behandlung ist, den Dienst, soweit es ihm möglich ist, wieder aufgenommen.

Stuttgart, 19. März. Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: Bei der am 17. ds. Mts. von der kommunalistischen Partei Stuttgart abgehaltenen Wählerfeier haben die Landtagsabg. Schneck und Bräunle Neuforderungen gemacht, die den dringenden Bedarf eines Herberens der Vorbereitung zum Hochparat begründen. Beide Abgeordnete sind deshalb am nächsten Tag in Einmütigkeit mit der Staatsanwaltschaft verständigt worden und dem Amtsgericht Stuttgart I vorgeführt worden. Wie wir erfahren, hat das Amtsgericht Stuttgart I gegen die kommunalistischen Abgeordneten Schneck und Bräunle Haftbefehl erlassen.

Stuttgart, 19. März. Einem Beschlusse seines Schulausschusses folgend, hat der Deutsche Coenig, Kirchenauschuss an den Reichsminister des Innern das dringende Ersuchen gerichtet, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die baldige Vorlage und Erledigung des Reichsindulgenzgesetzes hinzuwirken.

Hechingen, 19. März. Vor der Großen Strafkammer begann heute der soa. Hellscherprozess gegen den Privatdetektiv Herrn von Cullmann. Herr von Cullmann wurde wegen Betrugs und Verleitung zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er vorgab, mit Hilfe seiner Frau, die er in Transjugland brachte, Strafen auszuheben zu können. So hatte er bei zwei Diebstählen zwei Männer als Täter bezichtigt, die dafür gar nicht in Betracht kamen. In der Verhandlung, die längere Zeit in Anspruch nehmen wird, sind auch Sachverständige geladen.

Freiburg i. B., 19. März. Das Befinden des erkrankten ehemaligen Reichskanzlers Lehmann weist infolgedessen eine Besserung auf, als der Kräftezustand abnimmt. Der Kranke ist jetzt ohne Bewußtsein.

Gelsenkirchen, 19. März. Ein Bäderführer aus Buxtehude, als es auf dem Wege nach Katernberg die Gasse der Eisenbahnhofsbrücke-Katernberg-Offenbrücken wollte, von einem Herrn Brauenden D-Jag erfaßt und zerronnen. Der Bäderführer und sein Tochter wurden auf der Stelle getötet, die Ehefrau wurde schwer verletzt. Angeblich hat der Schrankenwärter infolge des herrschenden Nebels das Herannahen des Juges nicht bemerkt und die bereits geschlossenen Schranken nochmals geöffnet. Der Bahnwärter hat einen Notrufzusammenbruch erlitten und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Flauen i. B., 19. März. Vom hiesigen Seismographen wurde gestern ein bedeutendes Erdbeben verzeichnet. Es begann nachmittags 3 Uhr. Inzwischen sind Minuten wurden drei kräftige Stöße verzeichnet, von denen der zweite einen Nordausrichtung von 40 Millimetern anzeigte, während der erste und dritte einen solchen von 20 bis 30 Millimetern herbeibrachte. Die Vorstufe war kurz. Der Stöße des Erdbebens kann demnach in nicht großer Entfernung gelegen haben.

Dreimühl, 20. März. Für das Volksbegehren erschienen sich im Freikant Kiper insgesamt 3924 Stimmberechtigte ein. Bei im Uppischen Landtagswahl am 18. Januar erhielten die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen 33479 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 35 Prozent.

Leipzig, 20. März. Der erste Strafstrafen des Reichsgerichts zu die Revision des Urteils der Strafkammer in Dresden, die Tochter, und der Richter des Reichsgerichts in Dresden, die wegen unzulässiger Führung beim Verstrahlen vom Landgericht Dresden zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, verworfen.

Berlin, 19. März. Die demokratische Zeitungsherausgeber stellt mit, daß die Regierungsparteien beschließen, im Laufe der außerordentlichen Debatte des Reichstags, die am Montag beginnt, eine Entschärfung vorzulegen, in der sie für die Fortführung des Locarnoabkommens eintreten. Es dürfte angenommen werden, daß auch die Sozialdemokraten zustimmen.

Berlin, 19. März. Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß im Jahre 1924 ein ehemaliger Unteroffizier Erich Wiese wegen Kriegsverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er in der Gefangenschaft einem Disziplin deutscher Offiziere entgegen hatte. Wie der amtliche Preussische Pressedienst erklärt, ist mit Rücksicht auf verschiedene für eine Milderung sprechende Umstände auch Erlass des Staatsanwaltriums die Strafe des Wiese, für den sich übrigens auch frühere Offiziere, die mit ihm zusammen in Gefangenschaft gewesen waren, verurteilt hatten, auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus erniedrigt und die Unterhaftung angeordnet wurde.

Berlin, 19. März. Die Deutschnationalen wollen zunächst über die Haltung der deutschen Delegation näher informieren, bevor sie ein Mißtrauensvotum einreichen. — Wie die Telegramm-Agentur erfährt, wird die Reichsregierung bei der parlamentarischen Einleitung der Genfer Fragen ein positives Vertrauensvotum fordern. — Ein der herzogtrugendsten deutschen Heerführer im Weltkrieg, der Generaloberst Alexander v. Kluck, stirbt in Berlin-Grünow am 20. März seinen 80. Geburtstag. — Heute früh äußerte die „Köte Führer“ den Verdacht, daß der im Zusammenhang mit der ungarischen Frankfurter Ausschüsse genannte Techniker Schulz in der Irrenanstalt Dreyberg verhaftet worden sei. Laut „Berliner Tageblatt“ soll die Forderung des Verhafteten bereits auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Obduktion beschlagnahmt worden sein.

Eibau, 19. März. Eine Massenerkrankung an Typhus ist in der Familie eines Postbeamten in Eibau zu verzeichnen. Die Familie ist sehr klein. Sechs Familienmitglieder mußten in das Taugener Stadtkrankenhaus eingeliefert werden. Das Befinden einiger der Erkrankten ist besorgniserregend. Das ganze Haus der Familie ist isoliert.

Rom, 19. März. Bei dem Hofbrand in Livorno ist ein Schiffer und ein Kind ums Leben gekommen. Der Schaden wird auf rund 10 Millionen Lire geschätzt.

Paris, 19. März. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gibt von der gestern gemeldeten Niederlegung einer französischen Abteilung in Syrien folgende Mitteilung: Die Drun, die von dem Reich einer kleinen Abteilung Kenntnis erhalten hatten, legten sich in einen Hinterhalt. Die drei überfallenen Soldaten zu Hilfe gesandten Truppen kamen zu spät. 45 Mann, davon die Hälfte Franzosen, wurden getötet, unter diesen zwei Offiziere. Nur Mann konnten sich retten.

Brüssel, 19. März. Eine gewaltige Feuersbrunst hat in Ost der Subtopolst eingeschlagen. Das Archiv mit zahlreichen geschäftlichen Dokumenten ist mitverbrannt. Der Brand stellt sich als katastrophales Ereignis dar.

London, 19. März. Ein Friseur namens Daly wurde heute beim Polizeigericht unter der Anschuldigung vorgeführt, am Mittwochabend auf dem Bankett, bei dem Baldwin anwesend war, eine Bombe geschleudert zu haben. Eine Freilassung des Verdächtigen gegen Kaution wurde abgelehnt.

London, 19. März. Der erste Offizier und neun Mann von italienischen Dampfer „Jagames“ aus Genoa landeten in Swansea nachdem der Dampfer in der Nacht mit einem unbekannten Schiff zusammengestoßen und gesunken war. 21 Mann der Besatzung sind noch vermisst.

Kopenhagen, 19. März. Im Verfahren gegen den Reichsdirektor Hof sprach die Geschworenen Volk schuldig des Betruges in der Verurteilung mit dem ersten Punkt der Anklagebeschrift. Darnach zog der Staatsanwalt die übrigen Anklagepunkte zurück. Del wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Beking, 19. März. Bei den Zusammenstößen zwischen demokratischen Studenten und Militärs sind, wie verlautet, ungefähr 50 Personen ums Leben gekommen, 62 wurden verwundet. Die Stadt ist zurzeit äußerlich ruhig, jedoch herrscht große Erregung. Die Löcher sind geschlossen und der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Stockholm, Kollformen, 19. März. Ein Wädhändler erlief fünf Frauen und einen Mann und stichtete dann in einem Hofraum. Während der Verfolgung durch die Polizei stürzte er in einen Abgrund ab.

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Stuttgart, 19. März. Auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Scheel über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft hat das Ministerium des Innern geantwortet, daß es die Befreiung dieser Zwangswirtschaft mit Nachdruck erstrebt. Die noch immer bestehende große Wohnungsnot läßt jedoch eine unvermittelte Befreiung der bestehenden Schranken nicht so ohne zahlreiche Familien schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und unter Umständen der Gefahr der Obdachlosigkeit anzusehen. Aus diesem Grund kann nur ein planmäßiger schrittweiser Abbau der Zwangsbestimmungen erfolgen. Das Staatsministerium hat schon öfters diesen Standpunkt bei den verschiedenen Reichsstellen vertreten und wird dies auch künftig tun.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. März. Der Reichstag genehmigte heute in zweiter Lesung den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Verfahren ein Gesetz beschlossen. Der Reichstag genehmigte heute in zweiter Lesung den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgebildeter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wird in allen drei

Berlin, 19. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Reichstag den Haushalt des allgemeinen Volkswahlrechts in zweiter Lesung genehmigt. Ein Regierungsvizepräsident äußerte sich zu dem vom Abgeordneten v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Reichsanwaltes Schmidt durch den Abg. Rohmann. Der frühere Reichsanwalt Schmidt, der damals württembergischer Regierungsrat war, sei von der zuständigen württembergischen Regierungsbüro ordnungsmäßig in der Befreiungsbefreiung beschäftigt worden, weil er für diese Stellung seinen juristischen Vorbildung hervorragende Sachkenntnisse mitbrachte. Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt. Angenommen wird ein Antrag Bräunlings (F.R.), wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Verordnungen und Abgeb

7392 ärztliche Urteile

"Eine Morgensgymnastik und Abendsgymnastik
sollte in der ersten Morgensgymnastik
infolge gemacht."
"Ich bin nicht zufrieden mit dem
Ausgang und dem ungenügenden
Lernfortschritt. Eine morgensgymnastik
Abendsgymnastik gibt es aber nicht.
"Ich werde mich nicht mit dem
Ausgang der Morgensgymnastik am
Fortschritt mit der Morgensgymnastik
mit gutem Erfolg."

In diesem Sinne lauten
7392 ärztliche Gutachten über
KATHREINERS MALZKAFFEE
das Getränk der Millionen.

1 Pfund-Paket nur 50 Pfennig.

Stadtpflege Neuenbürg. Bekanntmachung.

In diesen Tagen werden sämtliche zur Zahlung verfallenen Steuern und Abgaben bei jedem einzelnen schriftlich angemahnt.
Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer für das Jahr 1. 4. 1925/31. 3. 1926 ist hierin abgerechnet.
Als äußerster Zahlungstermin gilt der 27. März 1926.
Stundungen können nur gewährt werden, wenn seit Beginn des Steuerjahres (1. 4. 1925) Anzahlungen schon gemacht worden sind und heute genügend Begründungen hierfür vorliegen.
Stundungsgesuche, über die der Gemeinderat entscheiden wird, müssen unverzüglich nach Empfang der Forderungszettel in der Stadtpflege abgegeben werden.
Kassenstunden der Stadtpflege: Montags den ganzen Tag, sonst vormittags 8-12 Uhr.
Den 18. März 1926.

Stadtpfleger Essig.

Einheits-Stenographie

Reichskurzschrift.

Mittwoch den 24. März, abends 8 Uhr, im Zeichensaal des Schulhauses, Beginn eines neuen

Anfänger-Kurses.

Anfangs April Eröffnung d. Fortbildungs- und Redeschrift-Kurses.

Anmeldungen für den Stenographie-Unterricht, sowie für Maschinenschreiben nach der erfolgreichen "Schnellschreib-Meisterschaftsmethode" nimmt entgegen

C. Gührer, Neuenbürg, Alte Pflanz. Str. 358, und die "Kurtaler"-Geschäftsstelle.

Konto-Büchlein

empf. G. Nechliche Buchhdlg.

Mädchen,

dem nebenbei Gelegenheit geboten ist, gut bürgerlich kochen zu lernen. Zeugnis mit Gehaltsansprüchen erbeten an

Frau Bianca Reister, Pflanzstr. 18, III.

Ihre Möbel,

ob poliert, lackiert od. gebeizt, werden wieder wie neu mit dem garantiert unschädlichen Möbelaufrischungsmittel

Kiwal.

Felix Rall, Neuenbürg.



Grammophone Schallplatten
alle führenden Marken
Vorführung bereitwilligst
Plano-Haus SCHNEID
Fernsprecher 1527
Pflanzstr. 7.

Vertreter gegen feste Bezüge u. Provision zum Verkauf von Privaten in Stadt und Land gesucht. Anträge unt. V. Z. 22262 an Rud. Hoffe, Braunschweig.

Forstamt Neuenbürg. Reifig- und Streu-Verkauf

am Mittwoch, den 24. März 1926, nachm. 2 1/2 Uhr, am Dreiwaldstein aus Sandplatte, Lor, Kirschen, Schillingstisch, Straubenhardt, Derrnacker, Pfälzberg und Hohrisch das Restig; aus Schillingstisch zehn Dausen Streu.

Würt. Forstamt Langenbrand. Schicht-Verholz-Verkauf

am Freitag, den 26. März 1926, vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zum "Löwen" in Unterreichenbach aus Staatswald Reichenberg und Steinlesberg: Km.: Gt.: 8 Klost.; Qu.: 126 Schtr.; 396 Klost.; Uebr. Vaubh.: 1 Klost.; Nadelh.: 42 Klost. Lösserzecknisse durch die Forstdirektion, GfD., Stuttgart.

Allen, die wie ich, von

Rheumatismus und Sjögins

geplagt werden, teile ich kostenfrei, wenn Rückporto beigeschickt wird, mit, wie ich von meinem langjähr. Leiden in 14 Tagen befreit worden bin. Franz Nürsch, Berlin-Nikolberg W 41, Rathausstr. 15.

Anträge auf Verleihung des Feuerwehr-Dienstehrenzeichens,

die von den (Stadt-)Schultheißenämtern nicht bis spätestens Samstag, den 27. März 1926, beim Oberamt eingereicht werden, können für dieses Jahr nicht mehr berücksichtigt werden (vergl. auch Kundentafel vom 24. II. 1925).

Neuenbürg, den 20. März 1926.

Oberamt.
Lempp.

Raminsegerkehrbezirke.

Durch Erlass des Ministeriums des Innern vom 11. März 1926 sind die im Oberamtsbezirk Neuenbürg bestehenden drei Raminsegerkehrbezirke mit Wirkung vom 1. April d. J. ab neu eingeteilt worden, sodas nunmehr der

Rehrbezirk I (Neuenbürg) die Gemeinden Neuenbürg, Birkenfeld, Unternielesbach, Obernielesbach, Waldrennack, Engelsbrunn, Grunbach, Salmbach, Langenbrand, Kopsenhardt, Birselsberg; Unterreichenbach mit Dornjacht v. O.A. Calw;

Rehrbezirk II (Derrnack) die Gemeinden Derrnack, Döbel, Loffenau, Fernbach, Kottenal, Neufag, Conweiler, Schwanau, Feldrennack, Ottenhausen, Arnbad, Gräfenhausen;

Rehrbezirk III (Wildbad) die Gemeinden Wildbad, Calmbach, Höfen, Dornack, Unterenlanghardt, Oberlangenhardt, Massenbach, Weinberg, Jgelstich, Schömberg, Schwarzenberg, Englkösterle; Oberfollbach v. O.A. Calw umfasst.

Neuenbürg, den 16. März 1926.

Oberamt.
Lempp.

Stadtpflege Neuenbürg.

Licht und Wasser.

Es rechnen sich die Fälle, in denen Licht- und Wasserzins-Rechnungen der Stadt unseren Einwohnern auch von Schuldnern, die nicht erwerbslos sind, erst beim zweiten oder dritten Gang bezahlt werden.

Vor dieser Kasse muß ich im Interesse der Licht- und Wasserabnehmer selbst, denen die Zuführung abgetrennt werden müßte, warnen.

Jeder Licht- und Wasserabnehmer ist in der Lage, auf Monats- bezw. Vierteljahresabschluss seine Schuldigkeit im ungefähren Betrag zu berechnen und ist auch verpflichtet, die erforderlichen Mittel hierzu bereit zu halten.

Stadtpfleger Essig.

Englkösterle, O.A. Neuenbürg.

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige, etwa 55 Hektar Feld umfassende Gemeindefeld wird am Montag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, auf dem hiesigen Rathaus auf sechs Jahre verpachtet.

Liebhaber sind eingeladen.
Schultheißenamt: Reppel.

Belangen ein Geheißentwurf über die Geltungsbauer der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung angenommen. Die dann folgende zweite Beratung des Entwurfs des Reichswirtschaftsministeriums wird eingeleitet durch eine Programmrede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius. Nach kurzer Aussprache wurde die Beratung abgebrochen und der Entwurf des Reichstags ohne Aussprache in zweiter Lesung bewilligt. Um 1/2 Uhr wurde die Weiterberatung des Entwurfs auf Samstag 12 Uhr mittags vertagt.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 19. März. Der Reichstag hat heute in seiner heutigen Sitzung über die Reichstagsdispositionen bis zur Osterpause in folgender Weise: Nach der Erledigung des Entwurfs des Reichswirtschaftsministeriums heute und morgen werden morgen noch die Entwurfs des Reichspräsidenten und des Reichstags auf die Tagesordnung gestellt werden. Am Montag um 11 Uhr soll die zusammengesetzte Beratung der Entwurfs des Reichsanwalts und des Auswärtigen Amts beginnen, mit der die Debatte über die Genfer Konvention verbunden sein wird. Im übrigen soll versucht werden, die Entwurfsberatungen vollständig bis Samstag den 27. März abzuschließen. Sollte das nicht möglich sein, wird auch in der Osterpause die Entwurfsberatung bis zum 31. März vertagt werden. Im jeden Fall sollen die Entwurfsberatungen vor dem 1. April beendet werden.

Generaldenkworte über das Fürstentumspromiss.

Berlin, 19. März. Der Reichsausschuss des Reichstags hat heute in die Generaldebatte über den neuen Kompromissentwurf der Regierungsparteien zur Frage der Fürstentumspromiss ein. An erster Stelle legte Dr. Overling (Dn.) die ablehnende Haltung seiner Fraktion dar. Für die Sozialdemokraten sprach Dr. Rosenfeld, der das Kompromiss als unzulänglich bezeichnete, und für die Kommunisten Neuhauer, der für eine unabhängige Entscheidung eintrat. Die Volksdeutschen haben in Ausschuss zum Kompromiss über die Fürstentumspromiss eine Geheißentwurf zur Festlegung des Vermögens der Reich- und Fürstentumspromiss und anderer Volkswirtschaften eingereicht.

Frankenreise nach dem Genfer Mandat.

Berlin, 19. März. Der Kurs des französischen Franken, der schon seit einigen Tagen wieder langsam nachgab, hat an der heutigen Börse von neuem ein schnelleres Tempo in seinem Abwärtsgehen eingeschlagen. Es scheint, daß die durch das Genfer Mandat geschaffene internationale Lage einen sehr ungünstigen Einfluß auf die französische Devisen ausübt. Zudem werden in den französischen Finanzkreisen starke innerpolitische Bedenken geäußert. Es fehlt jede Gewissheit, ob es dem Kabinett verhandlungen werden, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Ebenso haben die Nachrichten aus englischer Sicht, wonach sich in Amerika eine ziemlich unruhige Stimmung gegenüber Frankreich geltend macht, einen ungünstigen Einfluß auf die Börse ausgeübt.

Ergebnisse der Arbeitszeitkonferenz.

London, 19. März. Die Ergebnisse der Arbeitszeitkonferenz sind heute abend vom englischen Arbeitsministerium veröffentlicht worden. Sie haben die Form von authentischen Interpretationen der unstrittigen Begriffe und Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über die 48-Stunden-Woche. Die Abmachungen, die als Schlußfolgerungen der Konferenz bezeichnet werden, haben folgenden Inhalt: Zu Artikel 1 wird bestimmt, daß von der 48-Stundenwoche nur Betriebsbetriebe ausgenommen sind, in denen ausschließlich Mitglieder derselben Familie beschäftigt werden und die Angehörigen von Hof, Telegraph und Telefon. Zu Artikel 2 wird festgelegt, daß die Arbeitszeit die Zeit ist, in der ein Arbeitnehmer in Verfügung des Arbeitgebers steht unter Abzug der vereinbarten Auspausen. Es wird die Anwendbarkeit des Artikels 3 des Washingtoner Abkommens für das Pensionsrecht festgelegt. Zu Artikel 6 wird festgelegt, daß der Begriff Arbeitszeit mit Unterbrechungen nur Anwendung finden soll auf Arbeitskräfte, die nicht unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, wie Wärter, Richter, Werkfeuerwehr, und ähnliche Kategorien. Die Maximalarbeitszeit über die 48-Stundenwoche hinaus soll durch die Nationalgesetzgebung festgelegt werden. Für die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus ist der Wimmellohn der Washingtoner Konvention für Überstunden obligatorisch. Eine Einteilung der Arbeitszeit in fünf Schichten pro Woche oder elf Schichten pro zwei Wochen ist zulässig, vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Die Eisenbahnbetriebe sollen unter dem Washingtoner Abkommen. Überstunden sind jedoch auf Grund des Artikels 8 h zulässig. Wo die nationale Gesetzgebung gestattet, daß der Arbeitsausfall durch Freierlassung an der 48-Stundenwoche an anderen Tagen ausgeglichen werden muß der Überstundenlohn gezahlt werden. Die unterzeichneten Länder verpflichten sich, den Artikel 14 des Washingtoner Abkommens in einem Ausführungsgezet zum Washingtoner Abkommen aufzunehmen. Mit einem Vorbehalt stellen die Unterzeichner der Schlußfolgerungen fest, daß Artikel 14, der die Arbeitszeit der 48-Stundenwoche regelt, nur angewendet werden darf bei einer Wirtschaftskrise, die die Existenz des ganzen Volkes aufs Spiel setzt, oder nicht bei Krisen kurzweil bestimmter Gewerbebezüge. In ihren Schlußfolgerungen die Ratifikation des Washingtoner Abkommens mit diesen Ergänzungen zu empfehlen.

Moskau frohlockt.

Die Moskauer Presse frohlockt über den "Schwarzen Tag von Genf" und bezeichnet die Verlegung von Deutschlands Teilnahme in den Völkerverbund als eine Verstärkung der russischen Positionen von dem üblichen Charakter des Bundes. Die "Tschita" erklärt, niemand habe eine diplomatische Schlacht gewonnen, aber Deutschland habe eine verloren. "Branda" meint den Ausgang der Konferenz die größte diplomatische Niederlage Chamberlains. Die "Tschita" sagt dann noch: Die Völkerverbund können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Vertrag die Verträge von Locarno zu kräftigen, eine Verstärkung des Versailler Vertrages notwendig macht. Diese Verstärkung bedeutet aber den Krieg.

Schweres Brandunglück in Tokio.

Infolge Explosion von Feuerwerkskörpern entstand in Tokio in dem Stadtteil Sugamo eine Feuerbrunst, die mit schwersten Schmelzschäden, sind völlig zerstört. Etwa 7000 Menschen sind obdachlos, dagegen scheinen noch den vorliegenden Berichten keine Menschen ums Leben gekommen zu sein. Die Truppen wurden sofort alarmiert und unterfögen die Brandherde bei den Löscharbeiten. Das Militär hat einen Versuch um die Unpflanzstätte gezogen, um Blinderungen zu verhindern.

Vertrag im Löhne-Prozess. Der wegen Verletzungen wegen die seiner Erziehung unterworfenen Knaben angelegte Vertrag von Löhne ist, wie die Verste nimmere festgestellt haben, immer schwerer erkrankt. Die Löhne des Knaben sind bis zum Montag ausgesetzt worden. Bei längerer Erkrankung des Knaben müßte das Verbot verlegt und der Vertrag also noch einmal von vorn beginnen.



**Amtskörperschaft Neuenbürg.
Bergebung von Bauarbeiten.**

Für den Erweiterungsbau des Bezirkskrankenhauses in Neuenbürg werden die

Zimmer-, Flächner-, Dachdecker- und Schmiedearbeiten, sowie die Blitzschutz-Anlage

in Afford vergeben.

Pläne und Vergabekunterlagen liegen im Saalbüro des Bezirkskrankenhauses vom Dienstag, den 23. bis zum Dienstag, den 30. März, während den üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Auszüge aus dem Kostenanschlag werden auf Wunsch zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Die Angebote sind verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens am 8. April d. J., vorm. 9 Uhr, bei der Oberamtsstelle Neuenbürg einzulegen. Der Eröffnung der Angebote können die Bewerber anwohnen.

Neuenbürg, den 20. März 1926

Oberamt: Bauleitung:
gez. Lempp. gez. O.A.-Bmtr. Stribel.

Arbeits-Vergebung.

Die Gemeinde Schwann hat Neu- und Umplanungen für Straßenland zu vergeben.

Arbeitsbeschriebe liegen vom Montag den 22. ds. bis einschließlich Samstag den 27. ds. zur gef. Einsicht nachmittags je von 2-6 Uhr aus dem Rathaus daselbst auf, wobei auch die Offerte bis spätestens Dienstag den 30. März abgegeben werden wollen.

Feldrennau, den 19. März 1926.

Hermann Kling, Architekt.

Wildbad.

Am Montag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, kommen im Wege der Zwangsversteigerung

zirka 15 Fst. verschiedene Sorten Eichenholz (Schnittware)

zur Versteigerung. Zusammenkunft bei der Drehscheibe. Hähle, Gerichtsvollzieher.

Gräfenhausen, den 18. März 1926.

Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines 16. Jährlings, meines unersetzlichen Vaters, Bruders, Schwagers, Schwiegeraters und Onkels

Friedrich Keller,

Kirchenspieler und Ortsfeuerwehrrat a. D., sprechen wie allen denjenigen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Konfirmanten- u. Kommunikanten-

Aufnahmen zu bedeutend ermäßigten Preisen in erstklassiger Ausführung liefert pro Dtz. Mk. 7.—

Photograph **Wih. Lann, Neuenbürg.**

Neuenbürg.

Für die kommende Frühjahrsfeld- und Gartenarbeit empfehle ich mein Lager in sämtl. Feld- und Gartengeräten wie

Sensen,

Gabeln, Schaufeln, Hauen, Karste usw.

Auch bringe ich mein Lager in sämtl. Sorten Schabnägeln und Drahtkisten in empfehlender Erinnerung.

Chr. Eberhardt, Nagelschmieds We.

Oberhausen.

Das interessanteste Oster-Geschenk ist ein Radio-Apparat.

Ausführung kompletter Anlagen. — Vertretung führender Firmen (Telefunken, Siemens & Halske u. a.). Sämtliche Einzelheiten zum Selbstbau, Schaltungspläne für alle Schaltungen, Rekonstruktion, Funkenliteratur usw. — Besuchen Sie Offerte.

Eugen Wieland.

Wie suchen in den Waldgemeinden, sowie in Schwann, Conweiler, Dennaich und Döbel gewandte, zuverlässige

Berichterstatter

gegen hohes Honorar und erbitten uns Angebote. Verlag „Der Enztäler“.

Berufs-Kleidung



Ein vorteilhaftes Angebot

Goldschmiedsblusen kräft. Qual. 8,00	4,85	Konditor-Mützen gute Qualität	1,85
Goldschmiedsblusen für Lehrlinge, in allen Größen 4,45, 4,25	3,95	Konditor-Schürzen gute Qualität	2,45
Geschäftsblusen grau, gute Qual. 6,40	5,90	Kellner-Jacken Ia. Körper	8,75
Lager-Mantel Nessel, vorzügliche Qualität 6,25	5,00	Metzger- und Bäckerjacken Ia. Satin-Drell, ohne und mit Umlegekragen	10,25
Lager-Mantel grau und beige, Ia. Qualität 9,50	9,50	Metzger-Jacken für Lehrlinge	6,95
Lager-Mantel Nessel, für Lehrlinge	5,25	Gipser-Anzug Nessel, gute Qualität	8,75
Damen-Lagermantel Nessel, vorzügliche Verarbeitung 9,75	6,25	Gipser-Kittel Nessel	5,75
Maler-Mantel Nessel, gute Qualität	6,95	Gipser-Hosen kräftige Qualität	5,75
Friseur-Mantel prima Körper, weiß und mit blauem Besatz 12,75	11,75	Mechaniker-Anzüge vorzügliche Qualität	8,75
Herzte-Mantel Ia. Körper	11,75	Mechaniker-Anzüge Ia. Drell m. und ohne Umlegekragen	12,75
Friseur-Jacken Ia. Körper	8,25	Mechaniker-Anzüge f. Lehrlinge	8,75
Friseur-Jacken für Lehrlinge	6,50	Arbeiter-Hosen gestreift, kräftige Qualität	6,75
Konditor-Jacken Ia. Körper	7,95	Arbeiter-Hosen engl. Leder	10,50
Konditor-Jacken für Lehrlinge	6,50	Manchester-Hosen Ia. Qualität	12,75
Konditor-Hosen kräftige Qualität	7,50		

KNOPE
DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

Pforzheim.

Ausnahme-Angebot!

Ia Kleider-Samt 7,90
— feinste Modifarben —
Das moderne Frühjahrskleid! Mk.

Fa. Pauline Müller, Pforzheim
„Seiden-Müller“ Rathaus

Schiedmayer
Pianosfabrik STUTTGART Beckstr. 12, Eckhaus
Flügel · Pianos
Harmonium
Miete · Tausch · Stimmungen
Bequeme Teilzahlungen
Fernruf 266 61 — 62

Gesangbücher
in reicher Auswahl

empfehlen die **E. Nech'sche Buchhandlung, Neuenbürg.**

Holzbandsäge,
neu, Fabrik. R. & R., 700 mm Durchmesser, zu verkaufen.
Gedr. Feilz, Pforzheim,
Hohenzollernstr. 27.

Schreibarbeit
für jedermann (auch Adressen-schreiben) verg. Berl. J. Grun-lich, Berlin 40, Lüneburger Straße 7.

Original-Komposition
26 Wochen reichliche
verkauft franklos halbes
E. Sieb, Korbach

Ev. Gottesdienst
in Neuenbürg.
Sonntag, 21. März, 8 Uhr
10 Uhr Predigt (I. Kor. 13, 1-3)
Lied Nr. 479)
Bekannt Dr. ...
Konfirmation von 43 Kindern
26 Töchtern.
Gedächtnis des Kirchentags: 30. meiner Seele Erben. 2. Er-
tru bis an den Tod.
1/3 Uhr Unterredung mit den Konfirmierten.

Rathol. Gottesdienst
in Neuenbürg
Sonntag, 21. März (Easterfest)
10 Uhr Predigt und
1/2 Uhr Choralgottesdienst

M 66.
Jan 50. Gedur
Am 21. März
Reder Dr. Ludwig
Zurückgeblieben
Lichtem verber
und auch ande
ort des Dichters
als West weite
Seit dem Ende
trinken Male
Rentlinger Familie
solte Jacht werden
broch, postie ihm
Blinden und
Wojan um und
erhalten die ersten
Sünden Frau
jet war nicht
litt, was dann
ohle, und strich
Das Buch zwan
den Kien und
ter Hermann Doffe
ankleite Jacht, dort
danz er seinem
war in Lebens
eine Frau Dora
aus ihnen reiche
schöne Frau.
Wieder in der
Reise nach Tri
Koch und seine
milienforch und
lehr Erzähler
bernen Erdm
hermann und
sicht. Als der
Anstaltarmst
leben Gehr aus
igung nicht bin
bedeute zum
Bünde für we
bis auf den
A und zu den

Stuttgart, 18. M
Stadt.) Den Geme
das Wohnam
größer der
sungen vor
Bund betragen
mehr Dr. Sig
ter wille mit, d
Frau Finke